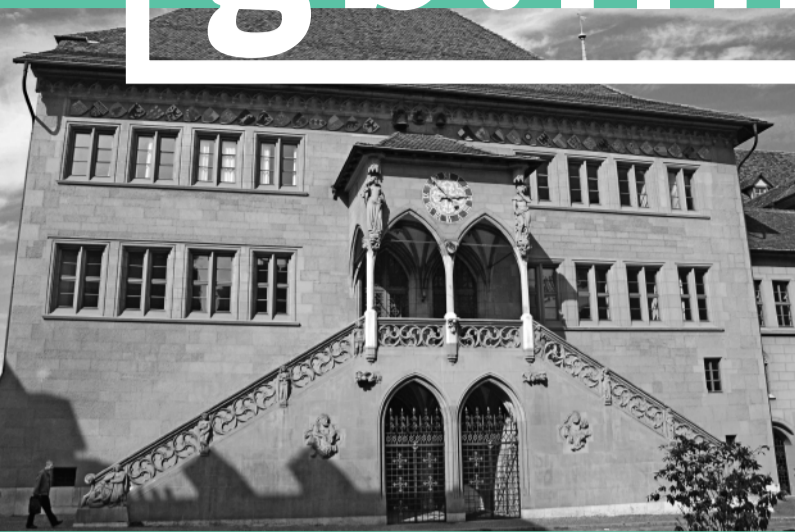


Grünes Bündnis
 Stadt Bern
 Postfach 6411
 Neubrückestrasse 17
 3001 Bern
 Tel. 031 301 82 09
 Fax 031 302 88 78
 info@gbbern.ch
 www.gbbern.ch
 PC 30-37923-6



gb.links

- Kita: Betreuungsgutscheine – ein Zaubermittel?
- Entfernungsartikel: Unsinnig, unnötig und aufwändig
- Judith Gasser: GB-Newcomerin im Stadtrat



Zwispältige Bilanz der Grünen nach den kantonalen Wahlen 2010

Glanzresultat für das Grüne Bündnis

Nun besetzt das Grüne Bündnis mit Natalie Imboden, Corinne Schärer und Blaise Kropf wieder 3 Sitze im Grossrat.

Das Grüne Bündnis geht dank eines Glanzresultats gestärkt aus den Grossratswahlen hervor. Mit einem Wählerinnen- und Wähleranteil von 13,3% wurde das GB zur zweitstärksten Berner Partei und gewann ein drittes Grossratsmandat hinzu. Neu zieht GB-Präsidentin Natalie Imboden in den Grossen Rat ein. Die Bisherigen Corinne Schärer und Blaise Kropf wurden souverän bestätigt.

Anlässlich der Verkleinerung des Grossen Rates von 200 auf 160 Mitglieder im Jahr 2006 verlor das Grüne Bündnis sein drittes Grossratsmandat, welches es seit 1994 immer besetzt hatte. Die Rückeroberung dieses dritten Mandats war daher das erklärte GB-Wahlziel. Dank der glaubwürdigen politischen Alltagsarbeit und einer engagierten Wahlkampagne mit unzähligen Veranstaltungen und Strassenaktionen hat das GB sein Ziel erreicht.

Höchster je erzielter WählerInnenanteil
 Das GB erzielte einen Stimmenanteil von 13,3%. Eine solche Parteienstärke hat das GB mit einer eigenen Liste in der Stadt Bern noch nie erreicht. Einzig bei den Grossratswahlen 2002 lag der WählerInnenanteil mit 15,2% höher; allerdings trug damals die Junge Alternative JA! mit einer eigenen Liste 3,3 Prozentpunkte dazu bei. Dank des ausgezeichneten Resultats der GB-Liste wurde die langjährige Stadträtin und GB-Präsidentin Natalie Imboden neu ins Kantonsparlament gewählt. Sie erzielte mit 4214 Stimmen ein hervorragendes persönliches Wahlergebnis. Souverän wiedergewählt wurden Corinne Schärer und Blaise Kropf. Corinne Schärer erhielt dabei am drittmeisten Panaschierstimmen aller Kandidatinnen und Kandidaten in der Stadt Bern, was das ausgezeichnete Resultat unterstreicht.

Stabile rotgrüne Mehrheit in der Stadt Bern
 Aus grüner Perspektive wird das Superresultat des GB durch die Verluste der GFL etwas getrübt. Allerdings erzielte auch die

GFL ihr drittbestes Ergebnis seit 1988. Nicht unerwartet war die Verteidigung ihres Rekordanteils von 2006 (17,5%) eine mission impossible; das damalige Resultat stellt im längerfristigen Trend einen klaren Ausreisser dar. Gemeinsam verfügen GB, GFL und SP in der Stadt Bern nun über einen WählerInnenanteil von 52,2%, was einer Steigerung um über zwei Prozentpunkte gegenüber den Stadtratswahlen 2008 entspricht.

Spitzenresultat von Bernhard Pulver
 Aus gesamtkantonaler Perspektive stellt die Verteidigung der grünroten Regierungsmehrheit einen grossen, alles andere als selbstverständlichen Erfolg dar. Herausragend ist das Resultat unseres grünen Erziehungsdirektors Bernhard Pulver, der mit 110 744 Stimmen den Spitzenplatz belegte. Sein Name stand auf mehr als jedem zweiten Wahlzettel; in der Stadt Bern erzielte er einen sensationellen WählerInnenanteil von 73,2%. Dieses Glanzresultat ist der verdiente Lohn für Bernhard Pulvers hochkompetente Arbeit.

Verluste bei den Grossratswahlen
 Klar unter den Erwartungen liegt hingegen das Gesamtergebnis der Grünen bei den Grossratswahlen. Mit zwei Ausnahmen – Berner Jura und GB in der Stadt Bern – verloren die Grünen überall an WählerInnenanteil und büssten drei ihrer bisher 19 Grossratsmandate ein. Trotzdem entspricht das Wahlergebnis dem zweitbesten grünen Ergebnis bei Grossratswahlen seit 1990, was die Verluste etwas relativiert. Besorgniserregend sind aber die lagerübergreifenden Verschiebungen: Während SP und Grüne gegenüber 2006 über 8 Prozentpunkte verloren, ist der WählerInnenanteil der bürgerlichen Parteien um 7 Prozentpunkte gestiegen. Diese gewaltige Umverteilung wird unsere Arbeit in der kommenden Legislatur erschweren.

Blaise Kropf, GB-Grossrat
 vpod-Gewerkschaftssekretär

AZB 3000 Bern 1
 Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- Mo, 24. Mai, 10 Uhr, Bahnhof Aarau oder 11.16/11.46 Uhr, Bahnhof Däniken. **Menschenstrom gegen Atom.** Eine Menschenkette gegen Atomkraft in Gösgen. Mehr Infos: www.menschenstrom.ch
- Sa, 26. Juni, 14.30 Uhr, Waisenhausplatz, Bern. **Demo unter dem Motto «Freiheit. Gleichheit. Würde. Für mich und dich!»** Schlusskundgebung auf dem Bundesplatz. Mehr Infos: www.sosf.ch

gb.nordquartier

Grünes Bündnis stellt Co-Präsidium
 An der HV im April 2010 wurde das GB-Mitglied **Yves Robert** als neuer Co-Präsident des Vereins DIALOG Nordquartier gewählt. Er wird die Geschicke des DIALOG zusammen mit Anton Maillard (FDP) weiterführen und die Anliegen des GB vertreten. Hiermit stellt das GB das Co-Präsidium in der bedeutenden Quartierkommission für den Stadtteil V (Breitenrain-Lorraine) mit ca. 24 000 EinwohnerInnen.

Abstimmungen vom 13. Juni 2010

Stadt Bern:	
Initiative «Keine gewalttätigen Demonstranten»	NEIN
Übertragung von zusätzlichen Aufgaben an die Regionalkonferenz Bern Mittelland oder an eine Teilkonferenz: Teilrevision der Gemeindeordnung (GO)	JA
ZPP Mingerstrasse	JA

Talon

Name: _____
 Vorname: _____
 Adresse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 e-mail: _____

- Schickt mir bitte _____ Expl. Unterschriftenbogen **«Faire Steuern – Für Familien»**.
- Ich werde **Mitglied** beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.
- Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

gb.tipp



Die Reitschule verkaufen? NEIN zur SVP-Initiative!

Alle paar Jahre sehen sich die BetreiberInnen der Reitschule – und mit ihnen ihre solidarischen FreundInnen – gezwungen, Ideen, Ressourcen, Energie und viel Arbeitszeit in eine Abstimmungskampagne gegen unsinnige Initiativen der bürgerlichen Rechtsparteien zu stecken. Es ist wieder soweit: Am 26. September 2010 stimmen wir in der Stadt Bern ab über den Verkauf der Berner Reitschule an den Meistbietenden. Damit die Reitschule bleibt, was sie ist – eine echte Alternative in Berns Stadtkultur – braucht sie eure Unterstützung! Am 18. Januar 2010 wurde das Solidaritätskomitee «Reitschule bietet mehr» gegründet. Interessierte sind herzlich eingeladen, dem Solidaritätskomitee beizutreten: Für ein klares NEIN gegen die SVP-Initiative und damit für eine Reitschule als alternatives Kultur- und Begegnungszentrum, wie wir es seit vielen Jahren kennen und schätzen. Die nächste Vollversammlung des Solidaritätskomitees findet statt:

Mo, 31. Mai, 19.15 Uhr, Reitschule, Neubrückestrasse 8, Bern
 Mehr Infos: www.reitschulebietetmehr.ch

gb.bewegt

Frauenpolitik
 Kontakt: Angela Mattli, angela.mattli@gmx.ch
Ökologie
 Kontakt: Franziska Grossbacher, fragroba@gmx.ch

Internationales und Migration
 Kontakt: Annemarie Sancar, asancar@bluewin.ch
Bildung (kantonale AG)
 Kontakt: Corinne Schärer, cor.schaerer@bluewin.ch

Wirtschaft (kantonale AG)
 Kontakt: Thomas Bauer, tomba@students.unibe.ch
Polizei und Grundrechte
 Kontakt: Catherine Weber, info@vpod-ngo.ch

Kultur
 Kontakt: Christine Michel, ch.michel@bluemail.ch
Leitender Ausschuss
 Mittwoch, 19. Mai, 20 Uhr,
 GB-Sekretariat

Impressum
 Redaktionsschluss gb.links 4/2010: 19. August.
 Redaktion: Sabine Baumgartner, Natalie Imboden.
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

Unsinnig, unnötig und aufwändig



Ziel des neuen Artikels im Kundgebungsreglement ist erklärermassen die «Abschreckung».

Kaum sind die Bürgerlichen mit ihren Plänen, in Bern grundsätzlich nur noch Platzkundgebungen zuzulassen, vor dem Verwaltungsreglement erneut verschärft werden. Am 13. Juni 2010 müssen wir uns gegen eine weitere Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit wehren. Das Grüne Bündnis ruft dazu auf, den neuen «Entfernungsartikel» abzulehnen.

Pure Willkür

Teilnehmende einer Kundgebung – bewilligt oder unbewilligt – müssten sich nach diesem neuen Artikel «unverzüglich (...) entfernen, wenn sie von der Polizei darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Kundgebung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgelöst werden muss». Wer diesem staatlichen Befehl nicht umgehend Folge leistet, riskiert eine Busse von bis zu 5000 Franken. Bisher schon hat die Polizei Demonstrationen aufgelöst, wenn diese nicht bewilligt waren oder Sachschaden entstand. Gesetzliche Handhabe dazu hat sie zur Genüge. In solchen Situationen haben sich die Einsatzleiter in der Regel mit dem jeweils zustän-

digen Gemeinderat abgesprochen. Neu würde die Frage der Auflösung und der damit verbundenen Konsequenzen einzig und allein in die Entscheidungsgewalt der Polizei gelegt. Gemeinderat Reto Nause (CVP) machte in der Stadtratsdebatte deutlich, dass eine Auflösung schon «bei einer aufziehenden oder drohenden Eskalation» möglich sein sollte. Konkret heisst das: Die Polizei soll nicht erst dann eine Kundgebung beenden dürfen, wenn tatsächlich Farbbeutel geworfen werden, sondern bereits wenn sie den Eindruck hat, dass es möglicherweise im Verlaufe der Demo dazu kommen könnte. Klare Kriterien dafür gibt es nicht, das Ergebnis ist notwendigerweise Willkür.

«Abschreckung» als Ziel

In Zukunft sollen nicht nur Demo-OrganisatorInnen gebüsst werden, sondern auch alle Teilnehmenden: unabhängig davon, ob die Kundgebung bewilligt war oder nicht (z.B. Spontandemo) oder ob die Teilnehmenden selbst in irgendeiner Weise zum «Heraufziehen» einer Eskalation beigetragen haben. Praktikabel wird der neue Artikel nur, wenn die Polizei diejenigen, die sich nicht sofort entfernen, einkesselt, vor Ort festhält oder in Polizeihaft bringt, um die Personalien aufzunehmen. Das wird nur mit grossem Personalaufwand und massivem Einsatz von polizeilichen Zwangsmitteln möglich sein. Ziel des neuen Artikels ist erklärermassen die «Abschreckung»: Jeder und jede soll sich genau überlegen müssen, ob er oder sie denn wirklich das Risiko eingehen will, an einer Kundgebung teilzunehmen, deren Inhalt der Polizei aus welchen Gründen auch immer nicht passt.

Die Anti-WEF-Demo vom Januar 2008 zeigt exemplarisch, was das bedeuten kann: Die Kundgebung war zunächst bewilligt, dann aber kurzfristig wieder verboten worden. Trotzdem versammelten sich auf dem Waisenhausplatz am Samstagmorgen mehrere Hundert Personen, die sich ihr Recht auf einen friedlichen Protest gegen das WEF nicht nehmen lassen wollten. Es ist einzig den Teilnehmenden zu verdanken, dass die Festnahme von 245 Personen nicht in eine Massenschlägerei – mitten im Einkaufsgelände – ausgeartet ist.

Provinzielle Schaumschlägerei

Als Rechtfertigung für den Entfernungsartikel werden die Proteste gegen den SVP-«Marsch auf Bern» vom 6. Oktober 2007 ins Feld geführt. Der Titel der Initiative «Keine gewalttätigen Demonstranten» will der Stimmbewölkerung weismachen, dass zahlreiche Kundgebungen in Bern gewalttätig ablaufen. Für solche Situationen hat die Polizei aber längstens ausreichende Instrumentarien und Zwangsmittel, ein «Entfernungsartikel» wird ihr dabei definitiv nichts nützen. Im Kern erhoffen sich die Initianten und der Gemeinderat vielmehr, dass es generell weniger Kundgebungen gibt und mögliche Teilnehmende verunsichert werden. Zu einer Hauptstadt gehört aber nicht nur der Kommerz. Sie muss auch Hauptort politischen Geschehens von nationaler Tragweite sein. Diese provinzielle Schaumschlägerei ist klar abzulehnen.

Catherine Weber, Geschäftsführerin Demokratische JuristInnen Schweiz DJS



Endlich eine Qualitätsdiskussion

Während der Debatte im Stadtrat zum Thema Betreuungsgutscheine wurde mir klar, dass sich diese anhören wie ein Zaubermittel, das alle Probleme in der familienergänzenden Kinderbetreuung (Qualität, Finanzierung, Angebot, Markt) auf einmal löst. Mit der Diskussion über Finanzierungsmodelle kann den Grundsatzfragen ausgewichen werden: Welche Kinder haben zu wie viel Zeit und Geld Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz? Gesellschaftlich gesehen herrscht nach wie vor Uneinigkeit darüber, ob nur Kinder von berufstätigen Eltern oder nur Kinder, die eine besondere Förderung benötigen, oder alle Kinder Anspruch auf Subventionen haben. Ich fordere, dass die Abgabe von Betreuungsgutscheinen für die Eltern nicht teuer wird, da sonst die gleiche Ausgangslage geschaffen wird wie in Hamburg oder wie es sich auch schon in Luzern abzeichnet: Für Kinder aus sozial schwächeren Familien oder Quartieren ging die Betreuung zurück. Unsere Branche arbeitet seit Jahren in einem Umfeld, in dem die Nachfrage das Angebot übersteigt. Das hat zur Folge, dass sich die Qualitätsfrage nicht in den Vordergrund drängte, da die Kitas immer belegt waren. Mit der Frage, ob und wie Gutscheine eingeführt werden, wird die Diskussion über die Qualität verstärkt, was ich als Vorstandsmitglied des Branchenverbands KiTaS gutheisse. Der Verband ist daran, ein Gütesiegel für Kindertagesstätten auszuarbeiten, das den Eltern eine echte und transparente Wahl ermöglichen soll.

Katharina Bögli, Geschäftsführerin Kindertagesstätten, sgf Bern

gb.stadtrat

Die Zukunft verlieren? SchulabbrecherInnen in der Stadt Bern
Eine Studie der Uni Fribourg geht davon aus, dass jährlich rund 5000 Jugendliche die Schule hinschmeissen. Die dadurch entstandenen Probleme sind verheerend, denn wer aus dem Bildungssystem herausfällt, ist später einem höheren Erwerbslosigkeitsrisiko ausgesetzt und verursacht Kosten für die Allgemeinheit. Um drohende Schulabbrüche frühzeitig zu erkennen, haben



Cristina Anliker Mansour (Bild) und **Lea Bill** den Gemeinderat gebeten, präventive Massnahmen und Strategien zu entwickeln, alle Schulabbrüche zu dokumentieren und zu prüfen, wie die LehrerInnen unterstützt werden können, so dass sich die Beziehungen zu den SchülerInnen nachhaltig verbessern.

gb.vernehmlassung

Null-Toleranz bei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Im Rahmen seiner Vernehmlassungsantwort zum überarbeiteten Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern fordert das Grüne Bündnis eine Präzisierung der Strategie. Das GB vermisst in den Leitsätzen eine klare Haltung gegenüber Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Gesundheit und Alter. Das GB schlägt vor, auf eine umfassende Antidiskriminierungsstrategie Bezug zu nehmen. Ein wichtiger Auftrag der Stadt, die sich einer Null-Toleranz bei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verschrieben hat, ist es weiter, private Sicherheitsdienste und die Polizei anzuhalten, sich strikte an Antidiskriminierungsregeln zu halten und diese durchzusetzen. Das GB wird sich weiterhin für eine Politik der Integration im Zeichen des gegenseitigen Respekts einsetzen.

gb.steuern

Am 23. März hat die bürgerliche Mehrheit im Grossrat die Tarife für die Einkommens- und Vermögenssteuer gesenkt. Darauf wurde die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» lanciert, welche Steuererleichterungen mit Augenmass anstrebt: Höhere Kinderabzüge; Abschaffung der Pauschalsteuer für reiche AusländerInnen und keine Steuersenkung für Millionenvermögen. Das GB engagiert sich im Initiativkomitee im Kampf für Steuergerechtigkeit. Unterschriftenbogen können mittels Talon bestellt werden.

Grüne Köpfe: Judith Gasser, GB-Stadträtin

Zwischen Bergen und städtischer Lebensqualität

Das neue Gesicht der GB/JA!-Fraktion heisst Judith Gasser. Die 28-jährige Geografin arbeitet als Assistentin am geografischen Institut der Universität Bern. Vorher war die gebürtige Solothurnerin bei der Organisation Mountain Wilderness tätig und engagierte sich für einen respektvollen Umgang mit der Natur. Die Mutter eines einjährigen Sohnes ist bereits seit längerem in der Antiatombewegung und in der AG Ökologie des Grünen Bündnis aktiv. Mit Judith erhält die Fraktion kompetente Verstärkung und Verjüngung. Im Stadtrat will sie sich für Erneuerbare Energien, den Atomausstieg und sichere Schulwege stark machen. Das GB wünscht ihr einen guten Start bei ihrer politischen Arbeit im Parlament!

Seit drei Jahren bist du in der AG Ökologie aktiv. Wie bist du dorthin gekommen, was hat dich politisiert?

Da ich niemanden kannte im GB war die AG Öko für mich eine tolle Möglichkeit, mich sofort und unkompliziert für die Themen, die mir am Herzen liegen, zu engagieren. Ich wurde sehr nett aufgenommen und auch angestachelt... Ich meinte am Anfang, ich wolle nie für ein politisches Amt kandidieren. Politisiert wurde ich jedoch schon viel früher, zu Hause am Küchentisch. Ich wuchs auf mit Frauenbewegung, Jute-statt-Plastik, Anti-AKW-Sünneli und mit dem Gefühl, etwas bewirken zu können.

Du hast dich bei Mountain Wilderness für einen wirksamen Schutz unserer Bergwelt eingesetzt und auch an der Uni setzt du dich beruflich mit dem Schutz der Alpen auseinander. Wie gedenkst du deine Kennt-



nisse im Stadtrat zu nützen? Was sind deine umweltpolitischen Schwerpunkte?

Was Umweltschutz in den Bergen bedeutet, ist einer breiten Öffentlichkeit klar, da es sich oft um klassischen Naturschutz handelt. In der Stadt ist das jedoch ganz anders und darin liegt für mich auch der Ansporn. Hier sind Verkehr und Luft sowie Energie die zentralen Themen. Bei den vielen Interessen, die hier aufeinandertreffen, für die Ökologie und die städtische Lebensqualität einzustehen, ist für mich die Herausforderung.

Du rückst am 20. Mai für Natalie Imboden in den Berner Stadtrat nach – welches sind deine politischen Prioritäten und die wichtigsten Projekte der nächsten Zeit?

Eben haben die Bürgerlichen im Grossen Rat eine Steuersenkung beschlossen. Dazu werden die Steuereinsparungen wegen der Finanzkrise kommen. Diese Mindereinnahmen werden auch die Stadt schmerzlich betreffen. Unser Spielraum schrumpft. Vor diesem Hintergrund werde ich mich dafür einsetzen, dass hart erkämpfte Errungenschaften nicht dem Spardruck zum Opfer fallen. Immer noch fehlen in der Stadt Bern rund 300 Kita-Plätze. Anstatt uns jedoch dafür zu engagieren, dass neue Plätze entstehen, müssen wir in nächster Zeit vor allem dafür kämpfen, dass das Angebot nicht noch kleiner wird. Ähnliches gilt für ökologische Anliegen wie die Förderung des Veloverkehrs. Zuversichtlich bin ich, was die Forderungen unserer Initiative «EnergieWendeBern» betrifft, also den Ausstieg aus der Atomenergie und den Umstieg auf erneuerbare Energien. Dazu werden wir noch dieses Jahr den Grundstein legen.

Drei politische Wünsche?

Erstens eine offenere, tolerantere und weniger kleinherzige Schweiz, 0,7% des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit; zweitens eine effektive und gerechte ökologische Steuerreform; und drittens, dass keine neuen AKW gebaut werden.

Interview: Sabine Baumgartner